

Sommerschule, nein danke!

In wenigen Absätzen ausgesprochen, was viele Lehrer*innen denken.

Als Lehrer lehne ich die Sommerschule als Verheißung, mit ihr werde alles gut, entschieden ab. Es wird eine Erwartungshaltung erweckt, der die Schule von der Sprachförderung über die Nachhilfe bis zur Begabtenförderung in 2 Wochen nicht gerecht werden kann.

Viele Sommerschulstandorte der letzten beiden Jahre haben rückgemeldet, dass es sich bei der Sommerschule um ein halbtägiges Betreuungsprojekt mit einem sprachlichen „Warming-Up“ handelt. Pädagoginnen und Pädagogen treffen auf unbekannte Schüler*innen. Viel Zeit bleibt für die individuelle Förderung kaum. Der unreflektierte Einsatz von Studierenden ist kein Ersatz für eine qualitätsvolle schulpraktische Ausbildung.

Als Gewerkschafter lehne ich die Sommerschule als rechtlichen Torso ab. Die Bundesregierung hat zwar im vergangenen Dezember die schulrechtliche Basis geschaffen, das Dienstrecht aber dafür nicht vorbereitet.

Als Personalvertreter lehne ich die Sommerschule ab, weil das Bildungsministerium seine Schulqualitätsmanager*innen veranlasst hat, Schulleiter*innen und Lehrer*innen zur aktiven Teilnahme an der Sommerschule zu bewegen. Wenn dies dann auch noch mit dienst- und besoldungsrechtlichen Versprechen erfolgt, für die es keine gesetzlichen Grundlagen gibt, wird der Auftrag des BMBWF noch verwerflicher. Es werden derzeit Pauschalbeträge für Schulleiter*innen und dienstrechtliche Vorteile für Lehrer*innen in den Raum gestellt, für die die parlamentarischen Beschlüsse fehlen. Darüber hinaus wird ein Lohndumping betrieben, wenn die bisher verrechneten 40 Mehrdienstleitungen nun mit einer Jahreswochenstunde Verringerung der Unterrichtsverpflichtung gleichgesetzt werden sollen, die nur einen Gegenwert von 36 Jahresstunden hat.

Als Vorsitzender des SLÖ lehne ich die Sommerschule ab, weil es kein pädagogisches, sondern ein politisches Projekt ist. So wichtig scheint die Sommerschule aber auch den Behörden nicht zu sein, denn manche Lehrer*innen der Sommerschule 2021 hatten noch im Dezember ihre Entlohnung für ihr Engagement in den letzten beiden Ferienwochen nicht erhalten.

So wie dies die gesamte Gewerkschaft auch tut, rate ich daher ab dieses Projekt zu unterstützen. Bei Verletzung des Prinzips der Freiwilligkeit wenden Sie sich bitte an Ihre Personalvertretung!

